

**Es gilt das gesprochene Wort!**

## **Einbringung des Kreishaushalts 2025**

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,  
meine Damen und Herren,

„jede Krise ist bewältigbar“ – ohne diese positive Grundeinstellung würden in Anbetracht der gegenwärtigen lokalen, überregionalen und geopolitischen Herausforderungen Resignation und Lethargie Einzug in die kommunale Selbstverwaltung halten. Sie würden dann zu Handlungsunfähigkeit und Verlust der Daseinsvorsorge führen. Von diesem Zustand sind wir nicht weit entfernt. Es ist fünf vor zwölf und wir müssen alles tun, um den letzten vorhandenen politischen Spielraum nicht gänzlich zu verlieren.

Der Kreishaushalt 2024 war der „schwierigste Haushalt seit 20 Jahren“. Leider wird der Kreishaushalt 2025 noch wesentlich schwieriger und ein absoluter Sparhaushalt! Wir befinden uns an der Schwelle zu „anderen Zeiten.“ In Zeiten, in denen die kommunale Ebene zunehmend geschröpft wird. In Zeiten, in denen negative öffentliche Haushalte wieder zur Gewohnheit werden. In Zeiten, in denen deutlich wird, dass Kreishaushalte mangels eigener Finanzierungsmöglichkeiten nicht krisenfest sind und die Aufgabenverlagerung und der Aufgabenausbau der letzten Jahre mit voller Wucht durchschlagen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann spricht von „beinharten“ Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2025/2026. Dazu kann ich nur sagen, wohl dem, der in diesen Zeiten noch „verhandeln“ kann – wir können es nicht – es sind keine Gestaltungsspielräume mehr vorhanden.

Über 60 Prozent der Kommunen und über 80 Prozent der Landkreise erzielen 2024 keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Für 2025 sieht es noch verheerender aus. Die Einnahmeentwicklung kann mit der Ausgabendynamik nicht Schritt halten und folglich droht eine dauerhafte Unterfinanzierung der kommunalen Ebene. Das aktuell von der Bundesregierung geplante „Steuerfortentwicklungsgesetz“ verschärft diese Situation nochmals und wird zu milliardenschweren Mindereinnahmen auf kommunaler Ebene führen.

Durch die Vielzahl der vergangenen Krisen sind die kommunalen Haushalte an ihre Grenzen gekommen. Die Grenzen offenbaren sich in Verunsicherung auf allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen. Die Bundesregierung plant für 2024 sogar mit einer Rezession von 0,2 %. Daher verwundert es auch nicht, dass sämtliche öffentliche Haushalte in Schieflage geraten. Den gegenwärtigen wirtschaftlichen Abschwung spürt auch unsere Bevölkerung direkt im eigenen Geldbeutel. Sei es durch eine Zunahme von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, rückläufige Angebote an offenen Stellen, der geplanten Beitragssteigerung in der Kranken- und Pflegeversicherung oder dem Anstieg von Insolvenzen. Sind wir nun Pessimisten, wenn wir die Gesamtsituation als besorgniserregend einstufen?

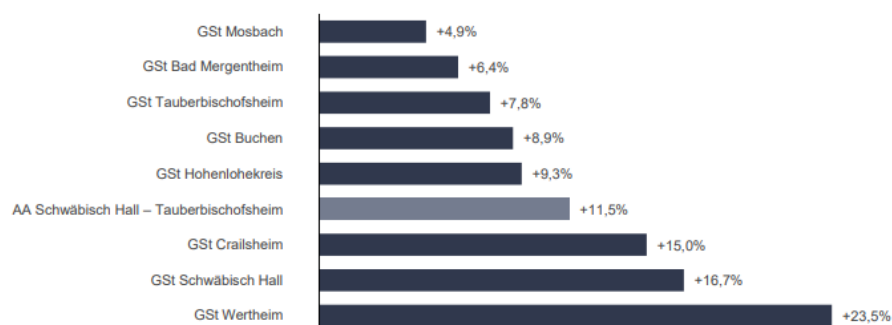
#### Der Arbeitsmarkt nach Geschäftsstellenbezirken

[zurück zum Inhalt](#)

Agentur für Arbeit Schwäbisch Hall – Tauberbischofsheim  
September 2024

Im Agenturbezirk Schwäbisch Hall – Tauberbischofsheim entwickelte sich die Arbeitslosigkeit im September relativ einheitlich. In allen Regionen war im Vergleich zum Vorjahresmonat eine Zunahme zu verzeichnen. Vergleichsweise günstig war die Veränderung der Arbeitslosigkeit im Geschäftsstellenbezirk Mosbach; dort stieg der Bestand an Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat um 5%. Dem gegenüber steht die Entwicklung im Bezirk der Geschäftsstelle Wertheim mit einer Zunahme von 24%.

#### Veränderung des Bestandes an Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat aufsteigend sortiert



Quelle: [amrseptember2024\\_ba216434.pdf \(arbeitsagentur.de\)](#) [04.10.2024].

**Nein**, denn die gesamtpolitische Lage ist besorgniserregend und zeigt sich an vielen Fronten verhärtet, zerfahren und stellenweise toxisch.

- Der Bund und das Land haben während der **Corona-Krise** die Bevölkerung finanziell gut unterstützt. Durch diese Milliardenbeträge wurden allerdings Strukturprobleme in der Wirtschaft, im Gesundheitswesen oder in der Gesellschaft überdeckt, die nun zu Tage kommen.
- Die **Weltwirtschaft** hat zwar wieder angezogen, aber die Exportnation Deutschland profitiert davon nicht. Lieferketten sind weiter gestört, es droht ein Zoll-Krieg zwischen China und der EU und im Fall einer Wahl von Donald Trump womöglich auch mit den USA.
- Die Party bei **VW** ist vorbei. 30.000 Jobs stehen zur Disposition. Ein derartiger Einschnitt wäre nicht nur für die heimische Automobilbranche eine Zäsur, auch für sämtliche Zulieferer mit noch nie dagewesenem Ausmaß. **Bosch** kürzt in Abstatt die Arbeitszeit von 2.300 Mitarbeitern und **BASF** investiert in seinen China-Standort bis 2030 10 Mrd. €, nicht in Deutschland.
- Seit 1945 herrschte Frieden in Europa. 77 Jahre später griffen Putins Truppen die Ukraine an. Dieser noch immer **anhaltende Krieg und die Folgen** sind weiter deutlich spürbar und ein Ende scheint nicht in Sicht.
- Die **Sanktionen gegen Russland** verfehlen weiterhin ihren Zweck. Nicht nur China hält zu Putin. Auch bei einer möglichen Wahl von Donald Trump zum Präsidenten stehen die finanziellen Leistungen der USA auf wackligen Beinen und in der Bundesregierung schwindet die Bereitschaft zu Waffen- und Munitionslieferungen.

- Die „**Zeitenwende**“ und die Einführung von Sondervermögen sind nichts anderes als eine umbenannte Kreditaufnahme bzw. Kreditermächtigung an der Schuldenbremse vorbei. Auch diese Belastungen gilt es, zurück zu bezahlen. Gleiches gilt für den auf Frühjahr 2025 angekündigten Investitionsfonds für die öffentliche Infrastruktur.
- Und ein Jahr nach dem brutalen Einfall von Hamas-Kämpfern in **Israel** und der Tötung und Verschleppung hunderter Israelis droht der Nahe Osten endgültig überzukochen. Eine weitere Zeitenwende mit unabsehbaren Folgen für den ganzen Nahen Osten und weit darüber hinaus.
- **Die staatlichen Kassen sind leer.** Dieser Zustand zeigt sich am Bundeshaushaltsplan 2025, bei dem sich die Sachverständigen gleich in mehrfacher Hinsicht uneins sind, ob dieser verfassungsmäßig ist oder nicht.
- Der **Handlungsspielraum des Landes** sinkt weiter. Zuwendungsprogramme laufen aus, die Zuführung im Versorgungsfonds wird um 1 Mrd. € gekürzt und die Mehrbedarfe können nur auf Grund des guten Jahresabschlusses 2022 finanziert werden. Nachhaltigkeit sieht anders aus. Wenigstens hat Baden-Württemberg für 2024 und 2025 ein Sofortprogramm beschlossen hat, das 150 Mio. € für die Krankenhausbetreiber vorsieht.
- Die **Klimaveränderungen** werden nun zunehmend in der Bevölkerung sichtbar. Hochwasser, Starkregen, Dürre, Hitzeschutz, Wärmewende. Die Folgen werden deutlich spürbarer und offenbaren den dringenden Handlungsbedarf. Zum Handeln wird viel Geld benötigt.
- **Wie kommt nun wieder Geld zum Staat?** Einerseits wird durch ein Wirtschaftswachstum ein höheres Steueraufkommen generiert. Die Standortbedingungen in Deutschland müssen endlich wieder attraktiv

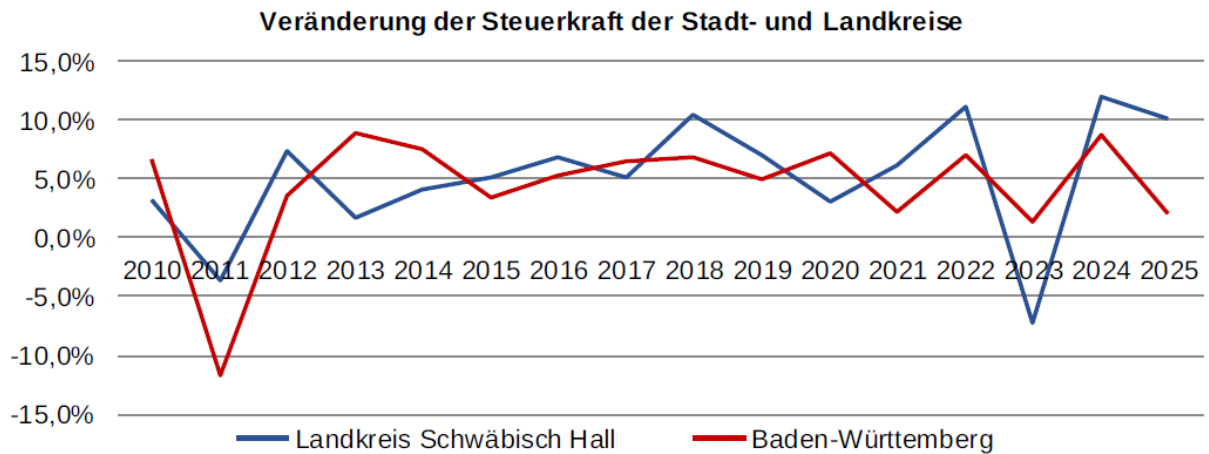
werden. Daher sind die Reduzierung der Energiekosten und Abgabenlasten, endlich ein wirksamer Bürokratieabbau und Planungssicherheiten erforderlich. Andererseits gilt es, **Standards neu zu bestimmen** und endlich **in die Aufgabenkritik** zu gehen. Darüber hinaus sind Kooperationen und Koordinationen denkbar, um Ausgaben zu vermeiden und zu reduzieren. Letztlich bedarf es in der Gesetzgebung mehr Praxistauglichkeit, um gewünschte Ziele und deren Umsetzung vorab zu prüfen, bevor ein bürokratisches, praxisfremdes und damit teures Gesetz eingeführt wird.

Wie sehen die volkswirtschaftlichen Aussichten dazu aus? Ob das beschlossene Konjunkturprogramm der Bundesregierung aus rund 120 Einzelmaßnahmen 2025 wirklich zu diesem Wirtschaftsaufschwung führt, ist mehr als nur wünschenswert.

Nach dem Abschwung soll also ein Aufschwung folgen. Aber reichen 0,9 % nächstes Jahr und voraussichtlich 1,5 % in 2026, um die staatlichen und kommunalen Haushalte wieder ins Gleichgewicht zu bringen? Ich sage für den kommunalen Bereich klar und deutlich: **Nein!** Falls die Prognosen weiter so düster aussehen, besteht das Risiko einer Deindustrialisierung. Ohne einen Marshallplan 2.0 wird Europa seine wirtschaftliche Rolle in der Welt verlieren. **Ohne höhere Finanzaufweisungen von Bund und Land werden die Landkreise diese neuen und aufwendigeren Aufgaben, insbesondere wegen der steigenden Sozialausgaben, nicht mehr bewältigen können.**

Jetzt zu den **finanziellen Rahmenbedingungen des Kreishaushalts 2025:**

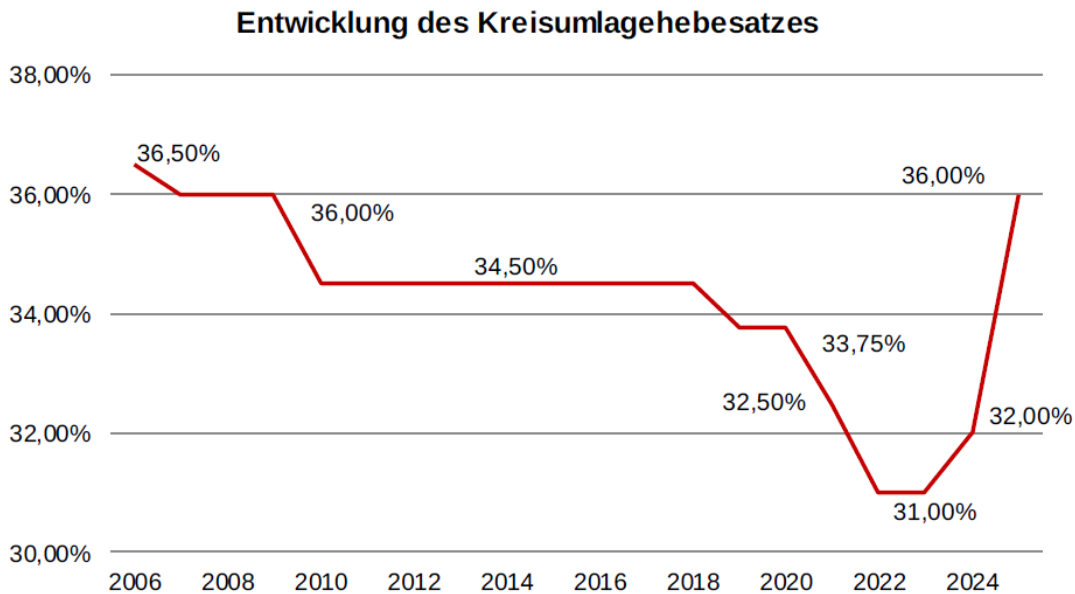
Die **Steuerkraft aller Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg** ist um 2,0 % gestiegen.



Im Landkreis Schwäbisch Hall beträgt der Zuwachs 10,1 % und liegt damit um 8,1 % über den Landesdurchschnitt. Es ist der dritt größte Zuwachs in Baden-Württemberg und dennoch sieht der Kreishaushalt so düster aus.

<b>Steuerkraftsummen der Stadt- und Landkreise</b>				
<b>Steuerjahr</b>	<b>HHPlan</b>	<b>LK SHA</b>	<b>+ / -</b>	<b>Land BW</b>
2022	2024	406,2 Mio. €	+ 12,0 %	+8,7 %
<b>2023</b>	<b>2025</b>	<b>447,4 Mio. €</b>	<b>+ 10,1 %</b>	<b>+2,0 %</b>

Das **Kreisumlageaufkommen** steigt bei gleichbleibendem Hebesatz um 12,8 Mio. €. Doch diese Mehrerträge verpuffen vollständig. Grund hierfür sind die Ausgabensteigerungen und 6,7 Mio. € weniger Schlüsselzuweisungen auf Grund der höheren Steuerkraftsumme und der niedrigeren Einwohnerzahlen im Landkreis auf Grund der neuen Zensuszahlen.

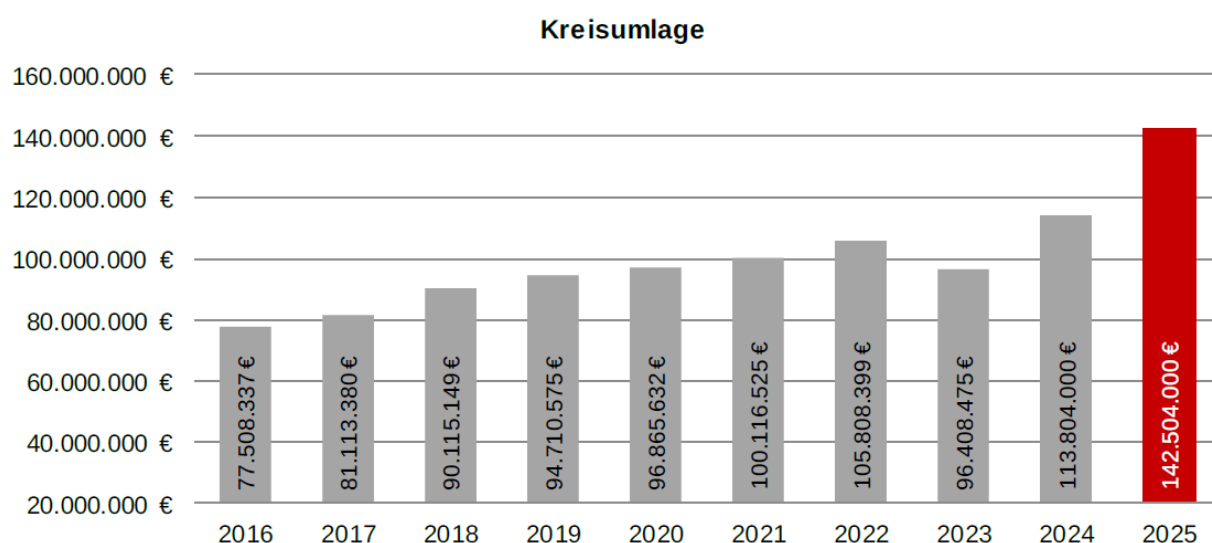


Wir müssen Ihnen deshalb eine **Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 4 % auf 36 v.H.** vorschlagen und benötigen dennoch zur Finanzierung der Investitionen des Kernhaushalts und des Regiebetriebs Klinikimmobilien Crailsheim eine **Nettoneuverschuldung in Höhe von rd. 6,7 Mio. €**.

Diese 4 Prozentpunkte stehen sinnbildlich für die dauerhafte Belastung der kommunalen Ebene. Diese 4 Prozentpunkte sind nur möglich, indem wir die Kreditermächtigungen auf 9 Mio. € erhöhen, wir erfreulicherweise höhere Zuwendungen für den Klinikbau und Hubschrauberlandeplatz Crailsheim erhalten und indem wir den Beschluss zur DIAK Bezuschussung zum Umbau der Notaufnahme über 1 Mio. € aus 2022 (Drucksache 2022/145) aufheben, da zukünftige Investitionen über den Regiebetrieb abgebildet werden. Diese 4 Prozentpunkte sind das Minimum, um die Aufgaben des Landkreises zu erfüllen.

Kreisumlage				
HHPlan	Hebesatz	Betrag	+ / -	
2024	32,0 %	113,8 Mio. €	+ 17,4 Mio. €	+ 18,0 %
<b>2025</b>	<b>36,0 %</b>	<b>142,5 Mio. €</b>	<b>+ 28,7 Mio. €</b>	<b>+ 25,2 %</b>

Ich weiß um die Finanzen der Städte und Gemeinden und deren Herausforderungen. Alle öffentlichen Haushalte stehen vor schwierigen Zeiten. Auch die gesetzlichen Aufgaben, die den Städten und Gemeinden auferlegt werden, sind immens.



Aber wir benötigen die 4 Prozentpunkte, um dringende Investitionen zu stemmen. Ohne diese Erhöhung hätten wir 2025 wieder eine negative Nettoinvestitionsrate, könnten Investitionen nur strecken und damit verdeckte Schulden ausweisen oder müssten einige Maßnahmen ganz streichen. Auch das Instrument der **Kreditaufnahme ist endlich**.

Auf der Einnahmenseite leidet der Kreishaushalt weiter an der zurückgehenden **Grunderwerbsteuer**. Wir sind sehr optimistisch und planen wie 2024 mit 10 Mio. €. Andere Beteiligungen an Wachstumssteuern für die Landkreise gibt es trotz anhaltender Kritik auch weiterhin nicht. Den Mehreinnahmen bei den **Erstattungen für die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde** von 767 T€ stehen Mindereinnahmen von **6,7 Mio. €** bei den **Schlüsselzuweisungen** entgegen.



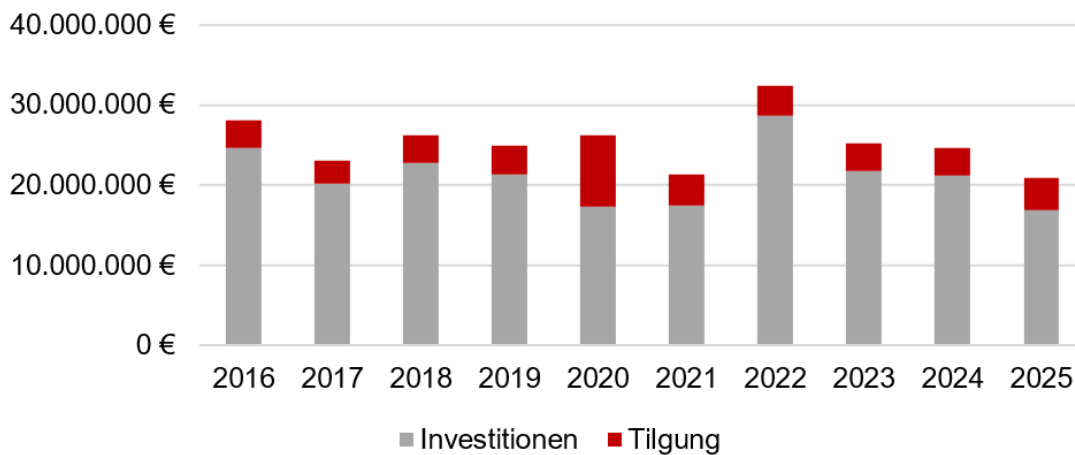
<b>Schlüsselzuweisungen nach § 8 (FAG)</b>			
<b>HHPlan</b>	<b>LK SHA</b>	<b>+ / -</b>	
2024	44,17 Mio. €	+ 1,85 Mio. €	+ 4,4 %
<b>2025</b>	<b>37,48 Mio. €</b>	<b>- 6,68 Mio. €</b>	<b>- 15,1 %</b>

Ich komme nun zur Ausgabenseite im Kreishaushalt. Der größte Posten ist und bleibt der **Zuschuss für die soziale Sicherung**, der 2024 bereits um 9,8 % angestiegen ist und 2025 nochmals um 8,3 % zunimmt. Das sind nochmal rd. 10,2 Mio. € oder umgerechnet allein **2,5 Kreisumlagepunkte**. Zu den Gründen komme ich später.

<b>Zuschuss für Soziale Sicherung</b>				
<b>Jahr</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>+ / -</b>	
<b>Sozialhilfe</b>	80,21 Mio. €	86,65 Mio. €	+ 6,44 Mio. €	+ 8,0 %
<b>Jugendhilfe</b>	36,31 Mio. €	40,68 Mio. €	+ 4,37 Mio. €	+ 12,0 %
<b>KVJS</b>	1,02 Mio. €	1,06 Mio. €	+ 0,04 Mio. €	+ 3,9 %
<b>Migration</b>	5,74 Mio. €	4,77 Mio. €	- 0,97 Mio. €	- 16,9 %
<b>Rechtskreis- wechsel-Ersatz</b>	- 1,48 Mio. €	- 1,20 Mio. €	- 0,28 Mio. €	- 19,0 %
<b>Summe</b>	<b>121,80 Mio. €</b>	<b>131,96 Mio. €</b>	<b>+ 10,16 Mio. €</b>	<b>+ 8,34 %</b>

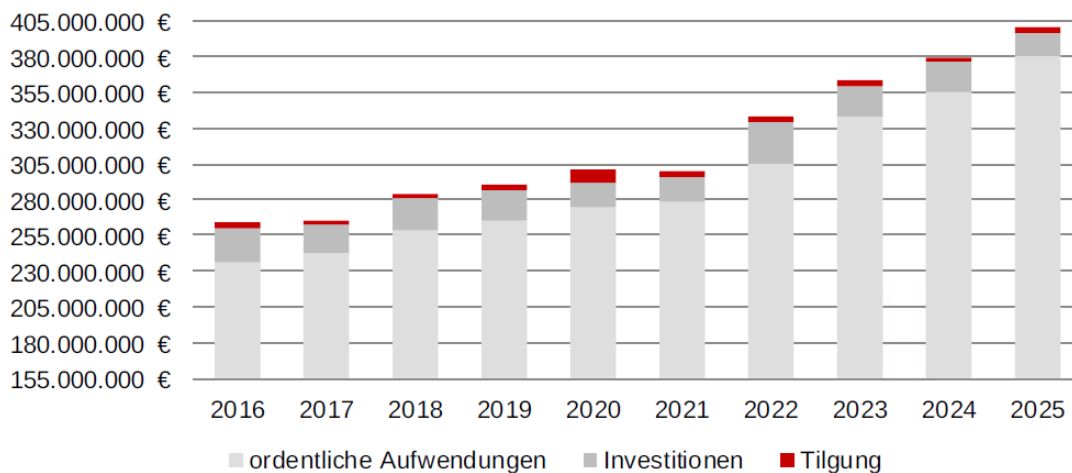
Im **Finanzhaushalt** - das ist der investive Bereich - setzen wir mit knapp 21 Mio. € gegenüber dem letzten Haushalt bereits 3,7 Mio. € weniger Mittel ein – dies entspricht 1 Kreisumlagepunkt.

### Entwicklung des Finanzhaushalts

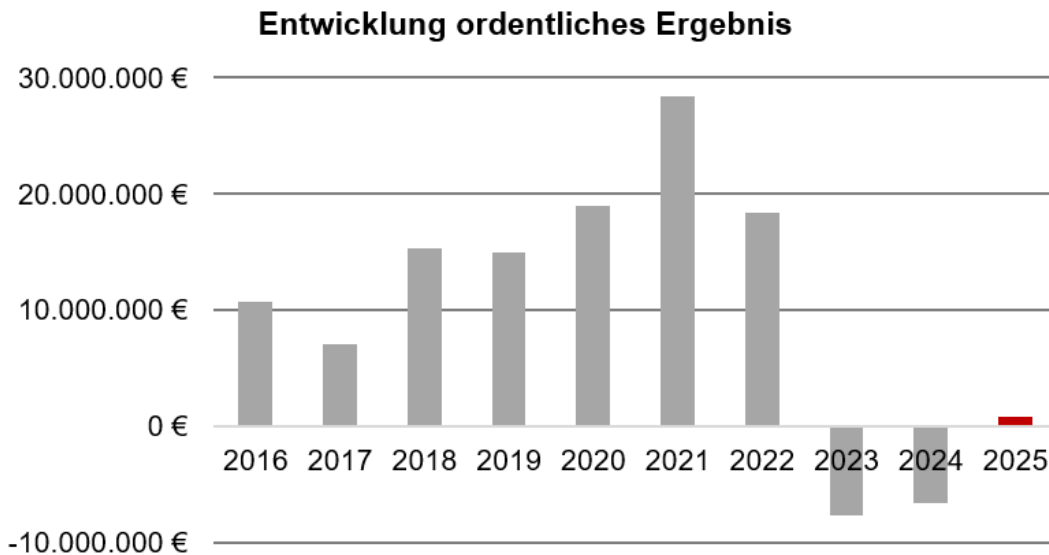


Das gesamte **Haushaltsvolumen** steigt um 21 Mio. € auf knapp 401 Mio. €.

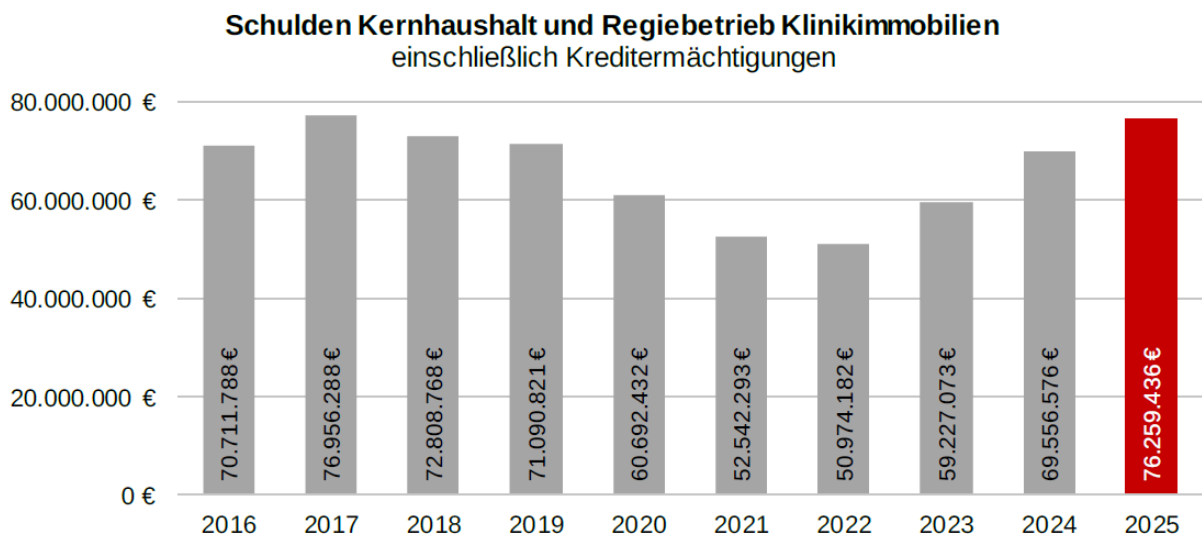
### Entwicklung des Haushaltsvolumens



Soviel zu den Rahmendaten des Haushaltsplanentwurfs. Durch die Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes und hoher Nettoneuverschuldung weist der Haushaltsplanentwurf zwar ein positives Ergebnis **von ca. 800 T€** aus, doch wie Sie wissen, ist dies nur Buchgeld. In der Liquidität haben wir unsere Reserven aufgebraucht und können gerade so die Mindestliquidität ausweisen, die für die Genehmigung des Haushalts notwendig ist.



Wir nehmen im Haushaltsplanentwurf 2025 keine Rücksicht auf die kommenden Generationen, die einen Großteil der auf 76,3 Mio. € steigenden Schulden tilgen und für die Zinsen aufkommen müssen.

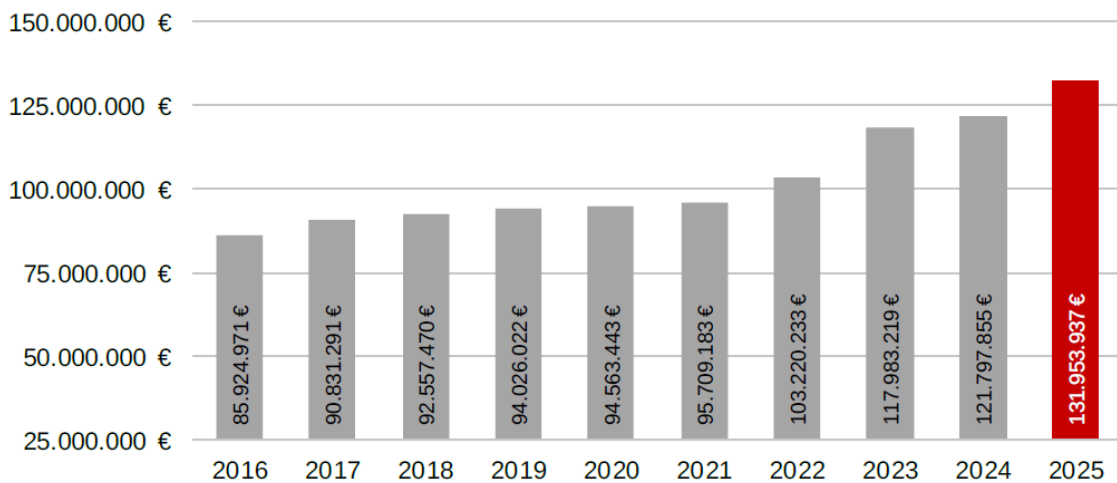


Die Alternative eines Investitionsstopps würde jedoch nur zu einem noch größeren Sanierungsstau führen. Trotz der finanziellen Hausforderungen sind Investitionen geboten, jedoch in geringerem Umfang. Die geplanten Maßnahmen 2025 sind auf ein Minimum abgesenkt.

Meine Damen und Herren,

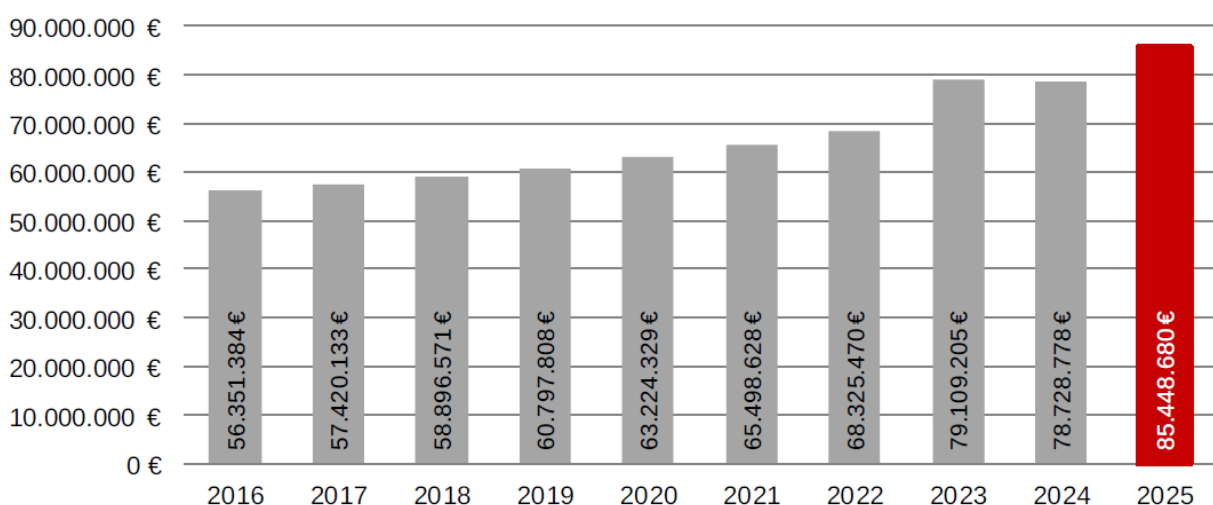
ich komme nun zu den wichtigsten Teilhaushalten. Wie immer an erster Stelle der **Sozialhaushalt**:

#### Zuschuss für Soziale Sicherung



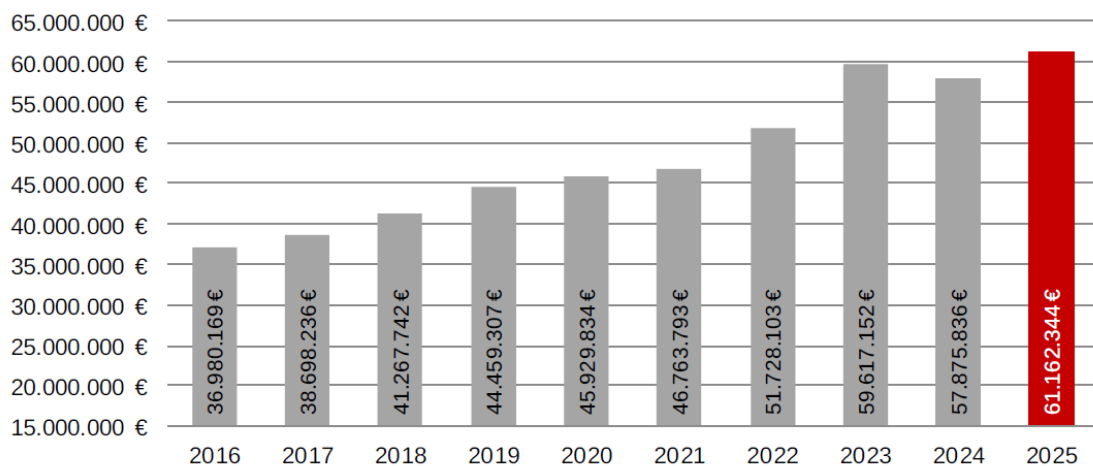
Der soziale Bereich ist zunehmend geprägt von einer Aufgabenmehrung und einer überbordenden Bürokratie. In der **Sozialhilfe** planen wir für 2025 mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 85,5 Mio. €. Das ist ein Plus in Summe von knapp 6,7 Mio. € oder 8,5 % und liegt damit nur auf dem voraussichtlichen Ergebnis von 2024. Damit gehen wir an dieser Stelle für 2025 ins Risiko, weil wir den Ansatz so belassen.

#### Zuschuss für Sozialhilfe



Größter Einzelposten ist und bleibt die Eingliederungshilfe für Menschen mit Handicap mit einem Zuschussbedarf i. H. v. 61,2 Mio. €.

### Zuschuss Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen / BTHG\*\*

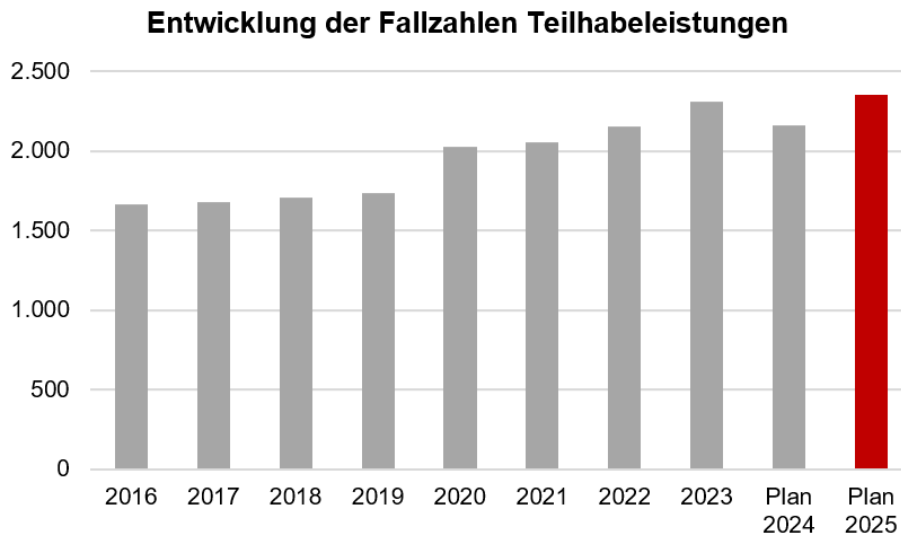


\*\* Bundesteilhabegesetz

Fristgerecht zum Ende des vergangenen Jahres konnten für alle Angebote im Erwachsenenbereich im Landkreis die neuen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen geeint werden. Damit sind wir weiter an der Spitze in Baden-Württemberg. Als nächstes erfolgt die Umstellung der Einzelfälle auf diese neue Systematik. Diese läuft derzeit im Sozialamt auf Hochtouren. D.h. aber auch, dass wir erst nach Abschluss dieser Umstellung wissen, was uns das neue BTHG endgültig kostet.

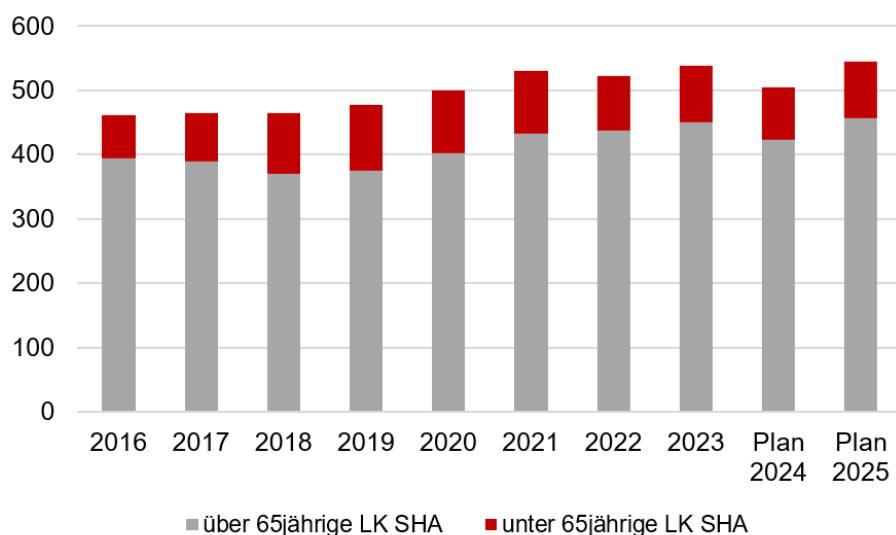
Die Steigerungsrate in 2025 beträgt 5,7 %. Im Vergleich dazu lag sie im Bundesdurchschnitt im vergangenen Jahr bei rund 10 %. Ich bin daher meinen Mitarbeitern und den hier ansässigen Einrichtungen sehr dankbar, dass sie das inzwischen über die Landkreisgrenzen bekannte „Haller Modell“ erarbeitet haben und anwenden. Das Ganze wäre erträglicher, wenn das Land endlich zu seiner Verantwortung stünde und die BTHG-bedingten Mehrkosten komplett übernehmen würde. Die bis zu einer Einigung zugesagten Abschlüsse sind nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Gleichwohl gehen wir weiter von der vollen Erstattung der Mehrkosten im Bereich der Sozialen Teilhabe aus und haben dies so im Haushaltsansatz berücksichtigt, um diese nicht auch noch unseren Städten und Gemeinden aufzubürden.



Ein weiterer Bereich, dessen Entwicklung uns zunehmend Sorgen bereitet, ist die Hilfe zur Pflege, vor allem im stationären Bereich. Immer weniger Bewohner können daher die Kosten ihres Heimaufenthalts selbst tragen und sind somit auf Sozialhilfe angewiesen. Leider gibt es derzeit für die Heimaufenthalte **keine Landes- oder Bundesbeteiligung**, weshalb wir 2025 einen Zuschussbedarf i.H.v. 10,1 Mio. € veranschlagen müssen.

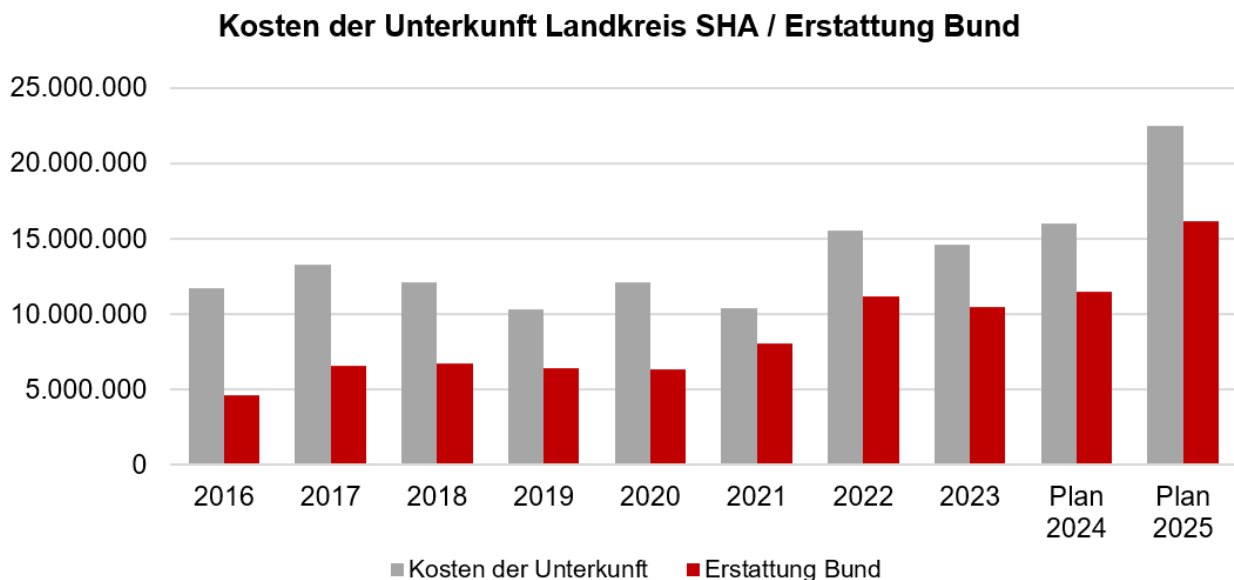
Die Fallzahlen Stationäre Hilfen zur Pflege belaufen sich auf ca. 550.



Als nächstes komme ich zum Jobcenter. Leider steigt auch hier die Zahl der Leistungsbezieher an. Die Arbeitslosenquote im Landkreis lag im September

bei insgesamt 3,8 %. Im SGB II rechnen wir mit einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften auf 3.700, was sich auch in der Übernahme der Kosten der Unterkunft widerspiegelt.

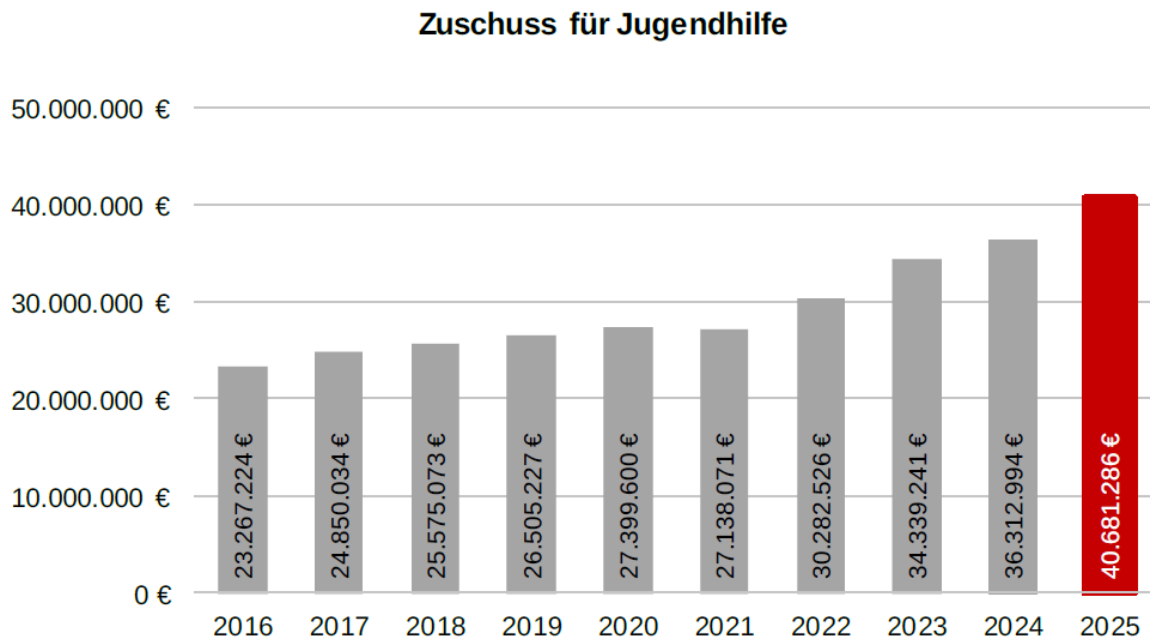
Für 2025 rechnen wir mit einer Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 72,1 % bei den Unterkunftskosten. Diese ist zwar im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. Aufgrund des Anstiegs der Bedarfsgemeinschaften und der Mietkosten erhöht sich aber der Gesamtzuschussbedarf des Landkreises von 7,9 Mio. € in 2024 auf 9 Mio. € in 2025. Im Gesamtzuschussbedarf sind auch Kostenanteile für das Frauenhaus, Eingliederungsleistungen des Jobcenters und weitere enthalten, wofür es keine Bundeserstattung gibt.



In diesen Zahlen ist auch der völlig unnötige Rechtskreiswechsel ukrainischer Flüchtlinge ins Bürgergeld enthalten. Hier kommt ab 2025 erschwerend hinzu, dass das Land seine Kostenbeteiligung an den durch den Rechtskreiswechsel entstandenen Mehrkosten von bisher 70 % auf 30 % kürzen will. Der Landkreistag Baden-Württemberg hat hier bereits in den Sitzungen der Gemeinsamen Finanzkommission vehement sein Veto eingelegt und wir hoffen sehr, dass das Land von diesen Plänen abrückt und sich wie bisher an den Mehrkosten beteiligt.

Nun zur **Jugendhilfe**:

Der geplante Zuschussbedarf für die Jugendhilfe beträgt 40,7 Mio. € und wird damit um rd. 4,4 Mio. € (+ 12 %) ansteigen.



Die größten Einzelpositionen im Jugendhilfehaushalt sind dabei weiterhin die Leistungsausgaben für die **Hilfe zur Erziehung**, die **Eingliederungshilfe** für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und die **Hilfe für junge Volljährige**.

Zuschüsse für Jugendhilfe				
Jahr	2024	2025	+ / -	
Hilfe zur Erziehung	15,4 Mio. €	16,8 Mio. €	+ 1,4 Mio. €	+ 9,4 %
Eingliederungshilfe*/ Hilfe für junge Volljährige	9,2 Mio. €	10,5 Mio. €	+ 1,3 Mio. €	+ 14,9 %
Sonstige Hilfen**	11,8 Mio. €	13,3 Mio. €	+ 1,5 Mio. €	+ 13,2 %
<b>Summe</b>	<b>36,3 Mio. €</b>	<b>40,7 Mio. €</b>	<b>+ 4,4 Mio. €</b>	<b>+ 12,0 %</b>

\* für seelisch behinderte Kinder

\*\* Unterhaltsvorschusskasse, Tageseinrichtungen für Kinder...

Die Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen nehmen leider weiterhin kontinuierlich zu. Nicht nur bei uns, sondern landesweit. Damit einher geht ein



hoher Bedarf an Hilfen für die jungen Menschen und ihre Familien. Die größten Mehrausgaben fallen dabei im stationären Bereich bei den Heimkosten und der Vollzeitpflege an. Auch die Kosten für die Inobhutnahme von Kindern in akuten Krisensituationen steigen deutlich und unsere Mitarbeiter im ASD sind hier enormen Belastungen ausgesetzt.

In den letzten Haushaltsreden durfte der Hinweis auf die Kosten der schulischen Inklusion nicht fehlen. So auch in diesem Jahr. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die eine Unterstützung für den Schulbesuch in Form einer **Schulbegleitung** benötigen, nimmt unverändert zu.

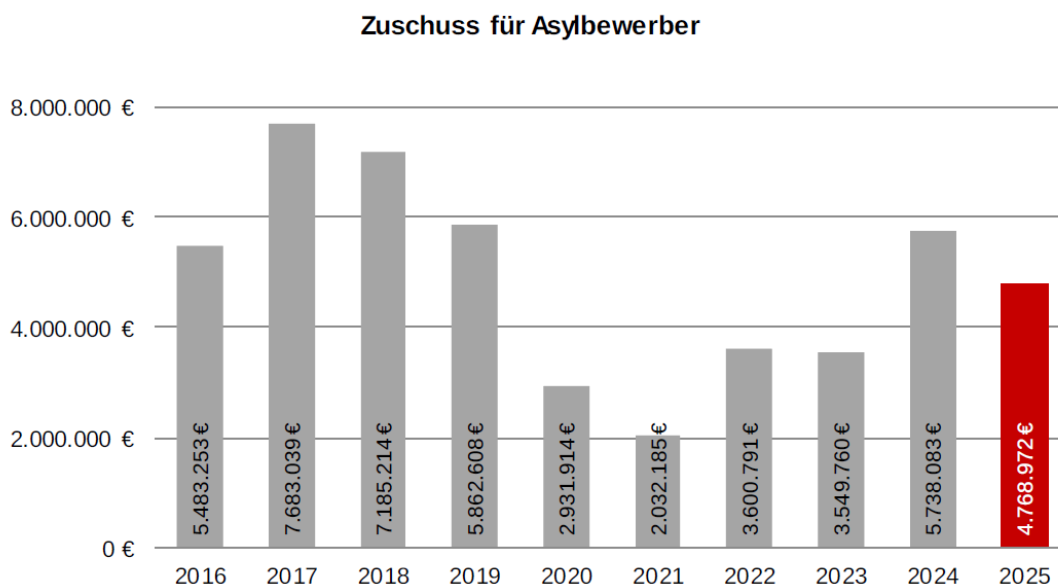
Der Planansatz muss daher von 3,0 Mio. € auf 4,3 Mio. € erhöht werden. Dadurch geht die Schere zwischen den Ausgaben des Kreises und den Einnahmen durch den Kostenausgleich seitens des Landes immer weiter auseinander. Konkret stehen diesen Ausgaben des Kreises lediglich Landeserstattungen in Höhe von 351.000 € gegenüber. Leider sind im Moment keine Anzeichen erkennbar, dass sich das Land in absehbarer Zeit hier stärker beteiligen will.

Bei den Aufwendungen für **Tageseinrichtungen für Kinder** rechnen wir ebenfalls mit Mehrausgaben in Höhe von 530.000 € (auf insgesamt 1,5 Mio. €). Dies ist überwiegend dem Umstand geschuldet, dass die Landeszuweisungen nach dem Guten-KiTa-Gesetz in Höhe von jährlich 360.000 € ab dem Jahr 2025 ersatzlos wegfallen werden. Für mich ein weiteres Beispiel dafür, wie sich das Land auf Kosten der Landkreise aus der Verantwortung zieht. Inzwischen haben uns erste Klagen auf Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz erreicht. Wir haben als Landkreis keine Kindergärten, sind aber bei Klagen nach dem Gesetz der Beklagte. Völliger Unsinn! Bisher konnten diese – in Zusammenarbeit mit angrenzenden Kita-Trägern – abgewendet werden. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis auch wir als zuständiger Jugendhilfeträger zu Schadenersatz verurteilt werden.

Der Ausbau der **Schulsozialarbeit** in den Kreisgemeinden nimmt ebenfalls weiter zu. Zwischenzeitlich werden insgesamt über 40 Vollzeitstellenäquivalente in den Schulen im Landkreis gefördert. Das Land verweigert allerdings weiterhin eine Angleichung der Kostenbeteiligung an die gestiegenen Personalkosten. Diese stagniert bei 16.700 € pro Vollzeitstelle. Die Hauptlast tragen somit die Gemeinden als Schulträger und der Landkreis. In Summen sind daher beim Landkreis Mittel in Höhe von 920.000. € vorgesehen. Das müssen wir mit Ihnen angesichts der prekären Finanzlage neu zu diskutieren. Gleiches gilt für die ESF-Projekte Brückenbogen der AWO und Future plus.

Bei all diesen Entwicklungen erreicht uns der Entwurf zum Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz. Keine Frage, eine wichtige Weichenstellung für die betroffenen Menschen, aber bleibt es so wie im Entwurf vorgesehen, wird es komplizierter und teurer. Hier hoffen wir auf die Vernunft des Gesetzgebers und seinen Anpassungswillen.

Nun zur dritten Säule der sozialen Sicherung: **Migration**



Für Personen in der **vorläufigen Unterbringung** erhält der Landkreis im Jahr 2025 zunächst wieder eine pauschale Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz in Höhe von 15.975 € pro Asylbewerber. In der

Spitzabrechnung werden später die restlichen Kosten größtenteils vom Land erstattet. Das Land erstattet den angefallenen jährlichen Nettoaufwand abzüglich eines Kommunalen Sockelbetrags. Deshalb bleibt ein Defizit von voraussichtlich 4,8 Mio. €.

Meine Damen und Herren, nun kommen wir zur **Energiewende**.

**Endlich** kommt unser Leuchtturmprojekt zum Tragen - die gemeinsame interkommunale Klimaschutzstrategie. Unser Klimazentrum beschäftigt nun 5 Energiemanager und 1 Klimaschutzkoordinatorin für 24 Kommunen, um die kommunale Wärmeplanungen vor Ort umzusetzen. Diese Interkommunale Zusammenarbeit kann auch ein Startschuss für andere Zusammenarbeiten und Projekte sein.

Ich komme nun zum **ÖPNV**, ein wichtiges Thema. Erträge 20,7 Mio.€, Aufwendungen 36,1 Mio. €, Zuschussbedarf damit 15,4 Mio.€. 2024 waren es 12,3 Mio., also 3,1 Mio. € mehr als 2024. Aufgrund der katastrophalen Finanzlage müssen wir hier Einschnitte vornehmen. So ist eine Einführung der stündlichen Bedienung der Gemeindehauptorte mit 1,8 Mio.€ 2025 nicht zur Umsetzung vorgesehen. Dafür werden wir weitere Schulbushaltstellen im Außenbereich herstellen, um eine sichere ÖPNV Nutzung zu gewährleisten.

Die ÖPNV-Strategie des Landes gibt die Richtung vor, lässt aber die Fragen zur Finanzierung leider völlig offen. Da hilft auch der geplante Mobilitätspass nicht, da sich das Landesmobilitätsgesetz als Bürokratiemonster entpuppt.

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans werden wir 2025 umsetzen. Der Startschuss ist Ende September 2024 mit der ersten Arbeitssitzung gemeinsam mit dem Gutachterbüro PTV und den Verkehrsunternehmen erfolgt. Auch bei uns im Landkreis ist das Deutschlandticket wie auch das D-

Ticket JugendBW ein Erfolg. Sorge bereiten uns die nach wie vor bestehenden Finanzierungsrisiken rund um das Deutschlandticket. Die dauerhafte Finanzierungsverantwortung liegt bei Bund und Ländern und nicht auf der kommunalen Seite. Diese politische Aussage steht, bedarf aber noch immer einer verlässlichen rechtlichen und finanziellen Absicherung.

Jetzt zur Abwechslung Erfreulicheres. Der **Breitbandausbau** läuft weiter wie geschmiert:

- Weiße Flecken, Inbetriebnahme in 2025, Kosten ca. 270 Mio. €
- Hellgraue Flecken, Inbetriebnahme voraussichtlich in 2027, Kosten ca. 160 Mio. €
- Dunkelgraue Flecken, Inbetriebnahme voraussichtlich in 2029, Kosten ca. 110 Mio. €

Alles abzüglich ca. 90 % Förderung von Bund und Land. Hier haben unsere Städte und Gemeinden und der Landkreis mit der Gründung des Zweckverbandes rechtzeitig auf das richtige Pferd gesetzt. Im Haushaltsplanentwurf sollen 750 T € für den Backbone-Ausbau bereitgestellt werden.

Die **Wirtschaftsförderung** ist wichtiger denn je. Auch im Jahr 2025 sind 320.000 € Zuschuss an die WFG hinterlegt, die stark gestiegenen Personal- und Sachkosten machen dies erforderlich. Wir werden das ja im Rahmen der Sitzung des Lenkungsgremiums des WFG-Beirats noch eingehend diskutieren. Inhaltlich sei so viel gesagt, wir wollen neben dem Beratungs- und Kompetenzaufbau im Klimabereich das Thema Unternehmensservice also die „112 für Unternehmen im Landkreis“ weiter auf- und ausbauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

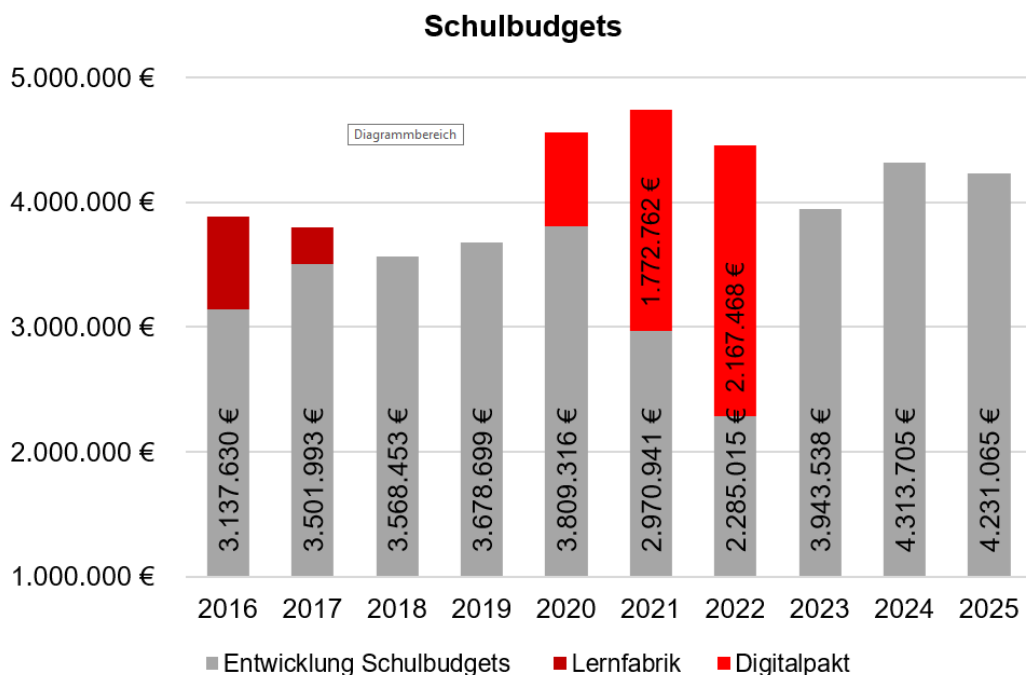
nun ein erneutes unerfreuliches Thema – die **Afrikanische Schweinepest**. Nach zahlreichen Nachweisen der Afrikanischen Schweinepest in Hessen

und Rheinland-Pfalz wurde das Virus Anfang August auch bei einem Wildschwein im Rhein-Neckar-Kreis festgestellt. Die Tierseuche ist somit gefährlich nahe an den Landkreis Schwäbisch Hall gerückt.

Daher habe ich Herrn Minister Özdemir gebeten, durch entsprechende Zäunungsmaßnahmen entlang der Autobahnen eine Verbreitung dieser Seuche bei Wildschweinen über Wanderungsbewegungen aus den Seuchengebieten in Hessen und Rheinland-Pfalz zu verhindern. Dieses wurde mir auch zugesichert.

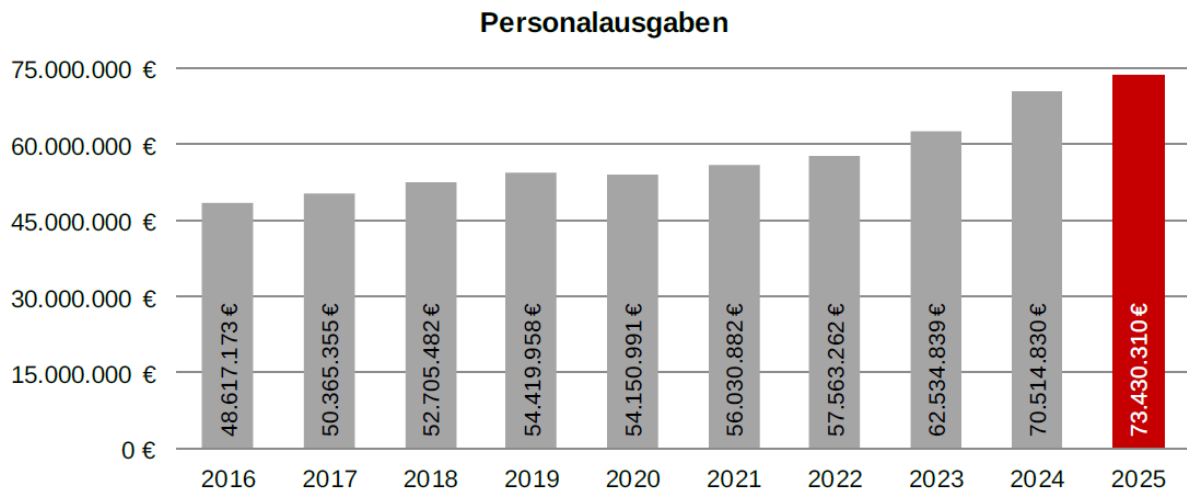
Ich komme nun zu unseren Schulen:

Der **Schuletat** in Höhe von 4,2 Mio. € wurde wieder mit allen Schulleitern abgestimmt. Auch wenn der Kreishaushalt 2025 äußerst angespannt ist, haben wir im Schuletat noch nicht gestrichen.



Die aktuellen Planungen zur **Fröbelschule** laufen auf Hochtouren, sodass wir Ihnen im kommenden Jahr erste Entwurfspläne zeigen können. Auch wird in Zusammenarbeit mit den Berufsschulzentren eine „Imagekampagne“ vorbereitet, um das Interesse zu wecken und die Angebote der Schulen noch bekannter zu machen.

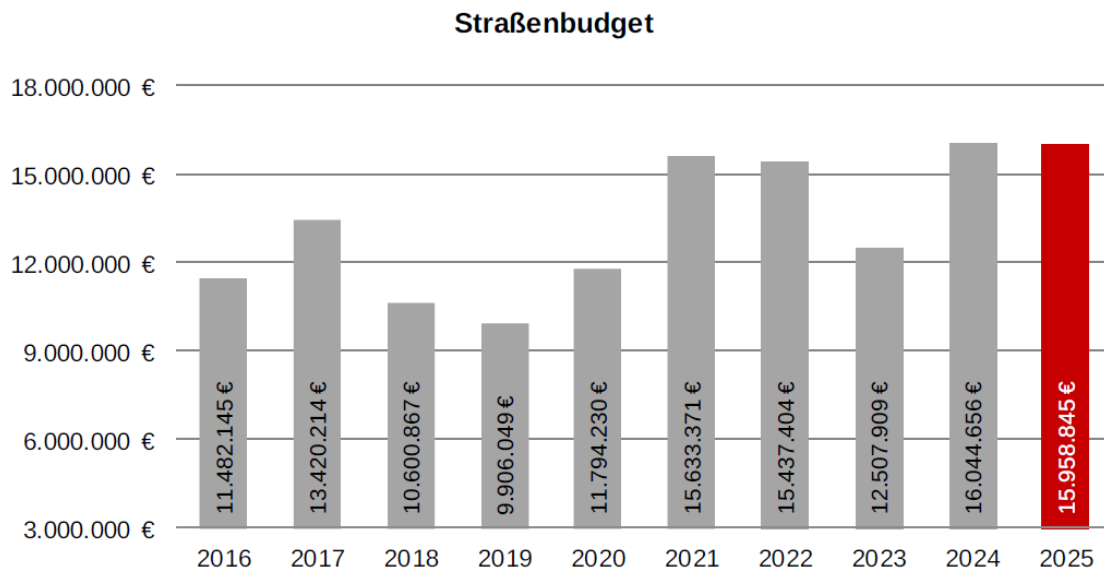
Nun komme ich zum zweitgrößten Bereich des Ergebnishaushalts, dem **Personalhaushalt**.



Nach den letztjährigen im Schnitt um 12,8 % gestiegene Personalkosten werden diese 2025 nochmals um 4,1 % steigen und liegen damit bei über 73 Mio. €, was einer Steigerung von 2,9 Mio. € bedeutet. 3 Mio. € haben wir davon als Pauschalkürzung auf Grund von Lohnfortzahlung und unbesetzten Stellen bereits abgezogen. Die Tarifverhandlungen 2025 werden spannend, da Verdi ein Lohnplus von 8 %, mindestens 350 € sowie drei zusätzliche freie Tage fordert. Wir haben mit einem Plus von 2,75 % bei den Beschäftigten geplant. Der **Stellenplan 2025** umfasst insgesamt 1.091 Planstellen, eine Erhöhung um 8 Stellen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2024. Dies sind die bereits 8 beschlossenen Stellen für das Amt für Migration im Bereich Staatsangehörigkeitswesen, sodass 2025 **keine weiteren Stellen** geschaffen werden. Die Stellenneuschaffungen werden durch Rücknahme an anderer Stelle kompensiert, die zudem noch größtenteils durch Gebühreneinnahmen oder Zuwendungen gegenfinanziert sind.

Damit bin ich mit der Vorstellung der wichtigsten Ansätze im Ergebnishaushalt am Ende und komme zu den **Investitionen im Finanzhaushalt** mit einem Gesamtvolumen von 16,8 Mio. € und rd. 4,0 Mio. € Darlehenstilgung, insgesamt 20,9 Mio. €.

Größter Posten bleiben die **Kreisstraßen**.



Das **Straßenbudget** beträgt 16 Mio. €. Das Kreisstraßenbauprogramm wird im Vergleich zur Planung um 1,5 Mio. € reduziert. Gründe dafür liegen in dem erfolgten Abbau des Sanierungsstaus in den letzten 10 Jahren und der Investitionswert 2025 liegt trotz der Reduzierung über dem Abschreibungswert. Somit kommt es buchhalterisch zu keinem Substanzverzehr.

Auf Grund der Kürzung wird die letzte Maßnahme K 2569 UD Reinsberg – Rudelsdorf aus dem alten Straßenbauprogramm 2025 nur als Verpflichtungsermächtigung für 2026 eingeplant. Vorbehaltlich der finanziellen Lage des Landkreises wird in den Folgejahren ab 2026 mit der Umsetzung der weiteren Ausbau- und Deckenerneuerungsmaßnahmen aus dem neuen Bauprogramm begonnen. Die größte Einzelmaßnahme 2025 ist der Ausbau der K 2678 Wildenstein-Neustädtlein. Zudem wollen wir in der Straßenmeisterei in Crailsheim in den Sozialtrakt rund 475 T € investieren.

Erfreulich sind die Fortschritte bei der Sanierung der Landes- und Bundesstraßen. Das Straßenbauamt des Landkreises übernahm die Bauabwicklung für die Sanierung von über 75 km Streckenabschnitten an 2 Bundes- und 9 Landesstraßen. Ich spreche erneut ein großes Lob für unser Straßenbauamt aus.

Das **Gebäudebudget** beträgt 4,2 Mio. € und bleibt auf dem Niveau 2024, da 2025 insbesondere die großen Hochbauprojekte an den Berufsschulzentren mit Restmitteln aus 2024 abgeschlossen werden und die Projekte Sanierung Münzstraße, Außenstelle Crailsheim und Fröbelschule 2025 nicht starten werden.

Für die Investitionen zur Sanierung der Landratsämter in Schwäbisch Hall und in Crailsheim werden die Investitionsansätze nach 2025 übertragen. 2026 sollen dann die Baumittel für die Münzstraße in den Haushaltsplan aufgenommen werden. Geplant ist die Vorstellung der Entwurfspläne im 1. Quartal 2025.

Die Abwicklung des Erweiterungsbaus, des Hubschrauberlandeplatzes und Sanierungsmaßnahmen im Altbau des Klinikums sind im Wirtschaftsplan des Regiebetriebs Klinikimmobilien abgebildet. Der Kreiszuschuss beträgt erfreulicherweise nur 900 T €, da ich seitens des Sozialministeriums mitgeteilt bekommen habe, dass wir für die Kostensteigerungen des Klinikbaus eine nachträgliche Förderung in Höhe von 4,26 Mio. € erhalten. Für den Hubschrauberlandeplatz 4 Mio. €, also mehr als erwartet. Diese unverhoffte Geldspritze reduziert die Kreisumlage direkt. Auch für 2026 wird sich der Investitionszuschuss daher deutlich reduzieren. Eine Kreditermächtigung über 3,4 Mio. € bleibt 2025 bestehen, dafür kann 2026 auf Kredite verzichtet werden.

Zum Abschluss meiner Rede komme ich auf das derzeit dominierende politische Thema zu sprechen: **Die Stationäre Gesundheitsvorsorge.**

Meine Damen und Herren Kreisräte,  
seit 20 Jahren predige ich, die Krankenhäuser im Landkreis müssen aus einer Hand geführt werden. Dass meine Forderung auf diese Art und Weise nun doch näher rückt, hätte ich mir unter diesen Umständen nicht gewünscht. Wie geht es mit dem DIAK weiter? Eines ist zunächst gewiss: das



DIAK mit seinen Mitarbeitern leistet einen wertvollen und unverzichtbaren Anteil für die Gesundheitsvorsorge unseres Landkreises und auch für Nicht-Kreisbewohner. Daher gilt mein Dank an dieser Stelle allen Mitarbeitern, die ihrem Krankenhaus auch in dieser Lage die Treue halten.

Das DIAK ist für die Aufrechterhaltung der **Grund- und Regelversorgung, der 24/7 Notfallversorgung und die Anfahrzeiten der Rettungsdienste** im Landkreis zwingend erforderlich. Crailsheim alleine kann dies nicht schultern. Daher ist es folgerichtig, dass der Landkreis in das Bieterverfahren von Diakoneo mit den SRH Kliniken Heidelberg eingestiegen ist, auch wenn diese Entscheidung den Landkreis und seine Gemeinden an den Rand der finanziellen Leistungsfähigkeit bringen wird. Der Mensch hat genau eine Gesundheit und diese muss es uns wert sein. Der Kreishaushalt 2025 beinhaltet **noch keine DIAK Lösung**. Über den derzeitigen Verhandlungsstand verweise ich auf die heutige Pressemitteilung. Wir haben uns über ein gemeinsames Term Sheet geeinigt. Die finale Entscheidung zum DIAK soll in der Kreistagssitzung am 17. Dezember 2024 getroffen werden. Bei einer positiven Beschlussfassung wird ein zusätzlicher Anstieg der Kreisumlage um weitere 1,25 % Prozentpunkte erforderlich, obwohl die Hauptlast mittels weiterer Kreditaufnahmen in Höhe von 38 Mio. € geschultert werden soll! In Summe wäre dies eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 42,6 Mio. € für 2025! Als Rechtsaufsichtsbehörde für 28 Städte und Gemeinden bin ich mir der Folgen durch die Erhöhung der Kreisumlage durchaus bewusst. Aber der Erhalt des DIAKs hat für mich und muss für uns oberste Priorität haben!

Die **Krankenhausfinanzierung** ist ein Trauerspiel. Die Krankenhausreform wurde leider vom Bundestag trotz aller Kritik von den Bundesländern, den Verbänden und den Landkreisen beschlossen. Alle Hinweise und Appelle an die Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien, auch an unsere im Landkreis, haben nichts bewirkt. Augen zu und durch. Reform ohne Geld. Kein Bürokratieabbau. Kein Inflationsausgleich. Keine Berücksichtigung des

hohen Lohnniveaus in Baden-Württemberg. Keine Berücksichtigung, dass wir in Baden-Württemberg bereits die Anzahl der Planbetten deutlich reduziert haben. Keine Auswirkungsanalyse und damit keine verlässliche Wirtschaftsplanung. Das wird Krankenhäuser zunehmend in die Abstufung zu ambulanten Zentren, in die Schließung oder in die Insolvenz treiben. Das ist bundespolitisch von den Regierungsfractionen so gewollt und wird von Minister Lauterbach pauschal mit besserer Medizin bei Zentral- und Maximalversorgern und Unterstellungen, dass wir zu viel operieren würden, begründet. Dass dort wegen Personalmangel gar keine freien Kapazitäten bestehen und künftig lange Wartezeiten entstehen werden, spielt keine Rolle. Politik sollte eigentlich für die Menschen da sein! Wir sehen in der Reform eine „kalte Marktberreinigung.“ Denn ohne zusätzliches Geld im System kann die Reform nicht gelingen, außer dass durch das Schließen von Häusern dieses Geld neu verteilt werden kann. Ich sehe hier für die Landkreise kein Licht am Ende des Tunnels. Die kommunalen Kliniken müssen allein dieses Jahr mit 450 Mio. € allein im Regierungsbezirk Stuttgart unterstützt werden.

Wir haben uns schon an ein **Defizit für das Klinikum Crailsheim** gewöhnt. Erfreulicherweise haben die Kostensteigerungen 2024 nicht in dem Maß angezogen wie geplant, sodass das diesjährige Defizit deutlich geringer als 8,9 Mio. € ausfallen und für 2025 mit einem Defizit von „nur“ 7,5 Mio. € geplant wird.

Ein weiterer großer Kostenfaktor ist die Notaufnahme. Die Notaufnahme ist für „Notfälle“ da. Doch von rund 1/3 der Patienten wird diese für Beschwerden genutzt, die keine Notfälle sind. Herr Lauterbach will hier nur gegensteuern, in dem er die Hilfesuchenden direkt richtig zuordnet. Einmal durch telefonische Anlaufstellen und zusätzlich durch Hausärzte, die in integrierten Notfallzentren tätig sind. 1. Welche Hausärzte? Es sind bald keine mehr da! Und 2. eine telefonische Anlaufstelle wird dies überhaupt nicht verhindern.

Ein wirksames Instrument wäre die Monetarisierung beim Besuch einer Notaufnahme, der medizinisch gesehen keiner ist. Es hätte seit dem letztjährigen Urteil des Bundessozialgerichts zu den **Bereitschaftsdiensten der Ärzte** schon längst etwas passieren müssen!

Die Gesundheitsversorgung wird zunehmend zum Drahtseilakt und Verbesserungen sind überhaupt nicht erkennbar. Vertraut man einfach darauf, dass die Kommunen weiter einspringen? Wird die Reform dazu führen, dass Rettungswagen teilweise bis zu 1 Stunde zu einer Klinik fahren müssen? Wird das Spiel so lange gespielt, bis die Kommunen am Ende sind? Berlin muss endlich nachhaltig handeln!

Meine Damen und Herren,

der Entwurf des Kreishaushalts 2025 kann wie 2024 nur mit einer Erhöhung der Kreisumlage, einer Kürzung von Investitionen und einer deutlich höheren Verschuldung ausgeglichen werden. Wir haben sämtliche Kürzungsmöglichkeiten durchforstet, keine weitere Stellenmehrung eingeplant, die stündliche Bedienung der Gemeindehauptorte im ÖPNV gestrichen und eigentlich dringend notwendiges wie die Sanierung der Münzstraße 1 für 2025 nicht berücksichtigt.

Unsere Herausforderung liegt im Ergebnishaushalt. Für die laufende Verwaltungstätigkeit verbietet die Landkreisordnung die Aufnahme von Darlehen. Auch zeigte sich in den Haushaltszwischenberichten 2024, dass der Haushaltsplan 2024 ehrlich war und wir mit keinen verbesserten Zahlen rechnen können, zumal 2024 sämtliche Liquidität aufgebraucht wird. Themen wie außer- oder überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen sind nicht mehr wie in der Vergangenheit ohne weiteres stemmbar; dazu fehlt uns schlicht das „Geld.“

Auch mit Blick auf die fragliche wirtschaftliche Erholung und die uns erdrückenden Sozialausgaben, gilt es, die dauernde Leistungsfähigkeit in diesem Stadium nicht zu riskieren. Hier muss die Bundespolitik endlich ran. Die Sozialausgaben überrollen uns!

Meine letztjährige Aussage „das Imperium schlägt zurück“ bezog sich überhaupt nicht darauf, dass der Landkreis sich auf Kosten der Kommunen seine Wünsche erfüllen lässt. Sondern darauf, dass die Gefahr droht, dass der Kreishaushalt nicht genehmigt wird. Dies gilt es, mit allen Mitteln zu vermeiden. Denn ein nicht genehmigter Haushaltsplan führt zu Stillstand und sämtliche noch nicht begonnenen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur werden sofort blockiert. Darüber hinaus wird ein nicht auskömmlicher Haushalt kurzfristig mit doppelter Wucht zurückschlagen. Eine politische Reduzierung der Kreisumlage ist gleichbedeutend mit einer zukünftigen Doppelbelastung der Haushaltspläne auf gesamter kommunaler Ebene.

Für die bundes- und landespolitische Ebene gilt es, **das „Weiter so“ endlich zu stoppen**. Das Gleichgewicht zwischen kommunalen Pflichtaufgaben und ihrer auskömmlichen Finanzierung ist wiederherzustellen. Als Richtschnur des politischen Handelns muss die Umsetzbarkeit wieder im Vordergrund stehen.

Es müssen viele „Standards“ reduziert werden, die Verlagerung der Aufgabenerfüllung auf die Kommunalebene ohne entsprechenden finanziellen und personellen Ausgleich muss sofort aufhören und beim Bürokratieabbau müssen den Worten endlich mal Taten folgen und zwar nicht nur bei Kleinigkeiten! Die Bundes- und die Landesebene muss analog der kommunalen Ebene Prioritäten setzen und unwichtige Dinge einfach mal sein lassen! Ohne diese Korrekturen verdüstern sich die Aussichten rasant und die kommunalen Haushalte werden reihenweise an die Wand fahren - mit allen Konsequenzen.

Meine Damen und Herren,

die **Haushaltsberatungen** sind in diesem Jahr besonders herausfordernd. Vieles werden wir nicht umsetzen können. Und wir bürden unseren nachfolgenden Generationen mit der Verschuldung wieder große Verpflichtungen auf. Aber wir haben leider kaum Spielräume. Ein kluger Politiker sagte einmal: „Wir sollten nur so viel Geld ausgeben, wie wir einnehmen“. Davon sind wir weit entfernt.

Für die Aufstellung des Haushaltsplanes bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Kreiskämmerin Laudien und Ihnen, Herr Dezernent Richter und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt, die Ihnen zugearbeitet haben. Mein Dank geht an die über 1.400 **Beschäftigten des Landkreises** an die 700 **Beschäftigten im Kreisklinikum und auch an die Beschäftigten im Diak**, die trotz der derzeitigen Lage treu zu ihrem Krankenhaus stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Haushaltsrede, der Vorbericht zum Haushaltsplan und das Zahlenwerk wird in das Sitzungssystem Session eingestellt und für die Öffentlichkeit auch noch auf der Homepage des Landkreises in der Rubrik „Haushaltsdaten“. Außerdem wird erstmals über unsere Internetseite barrierefrei ein Live-Mitschnitt der Haushaltsrede abrufbar sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Frau Laudien wird Ihnen nun noch einige Rahmendaten zum Haushalt erläutern.